



Avenir Suisse will die Schweiz mit 44 Ideen reformieren Die SP präsentiert Alternativen

A. Grundsätzliches

Avenir Suisse hat sich die Mühe gemacht, ihre Vision einer Schweiz in ein Buch mit 44 Reformvorschlägen zu packen. Die Analyse der Autoren ist in verschiedenen Punkten richtig und es werden interessante Ideen vorgebracht, die aus diesem Umfeld teilweise überraschen und Anerkennung verdienen. Das ist zweifellos ein Verdienst, den es zu würdigen gilt, denn Debatten darüber, wohin die politische Reise gehen soll, finden in der Schweiz leider viel zu selten statt. Vielmehr haben sich die politischen Parteien in einen reinen Reaktions- und Kommunikationsmodus eingestellt. Die SP ist die Ausnahme. Die SP ist jene Partei, die schon in der Diskussion um ihr Parteiprogramm bewiesen hat, dass sie in der Lage ist, über das alltagspolitische Geschehen hinaus eine Auseinandersetzung mit der Zukunft und deren Gestaltung zu führen und Visionen zu entwickeln. In diesem Sinne nehmen wir die Vision von Avenir Suisse auf und stellen uns der angestossenen Diskussion.

B. Kritik

Trotz gewisser Übereinstimmungen kann die SP sich mit dem grundsätzlichen Konzept einer Schweiz à la Avenir Suisse nicht einverstanden erklären. Zu stark setzt die bürgerliche Denkfabrik nach wie vor auf Markt- und Konkurrenz-Ideologie. Es ist nicht das Programm der SP, sich auf gewinnmaximierende Individuen und Unternehmen sowie eine „unsichtbare Hand“ als Garanten des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit zu verlassen. Stattdessen setzt die SP auf das Primat der Politik und auf eine Aufhebung der künstlichen Trennung zwischen Ökonomie und Gesellschaft.

In den Vorschlägen von Avenir Suisse ortet die SP die folgenden Versäumnisse bzw. falschen Ansätze:

- **Privatisierung ist kein seligmachender Selbstzweck.** Wie bereits in früheren Publikationen und speziell im ursprünglichen Weissbuch setzen die Autoren immer noch gerne auf Privatisierung, wenn es darum geht, Reformen aufzugleisen. Frappierend ist insbesondere, wenn die negativen Erfahrungen insbesondere bei Bahnprivatisierungen im Ausland oder bei der teuren Überversorgung mit Privatspitälern schlicht ignoriert werden. Nichtsdestotrotz werden die gleichen Schritte für die Schweiz vorgeschlagen: Die Privatisierung im öffentlichen Verkehr, von Stromnetzen und Spitälern sowie die Förderung von Privatschulen. Es gibt Geschäftsbereiche, die einst staatlich waren und die Private im Interesse der Allgemeinheit weiterführen. Aber die Grundversorgung und die Infrastruktur, das heisst der politisch gewollte Service public, gehören erwiesenermassen nicht zu diesen Bereichen.
- **Die Schweiz ist keine Insel.** Mit dem Ansatz, nur Ideen zu präsentieren, bei denen international „wenig Abstimmungs- und Koordinationsbedarf“ bestehe, zeichnet Avenir Suisse das Bild eines Staates, der weiterhin den Sonderweg wählen soll und der es nicht nötig hat, sich mit seinem Umfeld zu koordinieren und abzustimmen. Das ist vor dem Hintergrund, dass die Schweiz nur prosperieren kann, wenn sie insbesondere mit ihrem direkten europäischen Umfeld weiterhin eng vernetzt ist und sich mit diesen engsten Partnern über die gemeinsame Zukunft abspricht, eine gefährliche und kurzsichtige Strategie. Die grossen Herausforderungen, welche die Schweiz momentan zu bewältigen hat (Zukunft Finanzplatz, Konflikte Steuerpolitik, Zukunft bilateraler Weg

und Frage der Personenfreizügigkeit bzw. der Grenzen des Wachstums, Klimapolitik etc.), sind alles Fragen, die nicht im Alleingang angegangen werden können.

- **Problembereich Steuerpolitik.** Die Schweiz steht vor der enorm schwierigen Herausforderung, wie sie ihr Steuersystem korrigiert, nachdem das Modell während Jahren darauf basiert hat, mit Sonderregimen aus dem Ausland Steuersubstrat abzuziehen. Das gilt für die Unternehmensbesteuerung genauso wie für die Pauschalbesteuerung von superreichen Ausländerinnen und Ausländern. Diese Politik ist auch ursächlich für raumplanerischen Probleme in jenen Regionen, die Tiefsteuerpolitik auf die Spitze getrieben haben. Die Antwort von Avenir Suisse lautet: noch mehr interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb.
- **Problembereich Finanzplatz.** Keine Branche in der Schweiz steht momentan international so im Rampenlicht wie die Banken. Das Geschäftsmodell der Vermögensverwaltung mit nicht versteuerten Vermögen aus dem Ausland stellt seit Jahren eine gefährliche Hypothek für das ganze Land dar und belastet Reputation sowie andere internationale Anliegen der Schweiz weltweit. Statt hier den mutigen Befreiungsschlag zu fordern, setzt Avenir Suisse auf jene Geschäftsfelder, die mit grosser Wahrscheinlichkeit die nächste Krise prägen werden: Rohwarenhandel und Hedge-Fonds.
- **Umverteilung nach oben unter dem Motto Eigenverantwortung.** Wie ein roter Faden zieht sich ein Gedanke durch die 44 Vorschläge: Der Einzelne soll unter dem Deckmantel der Eigenverantwortung mehr Risiken tragen und das Konzept von Solidarität oder schon auch nur das Versicherungskonzept der Lastenverteilung soll schrittweise aufgegeben werden. Das gilt für schwankende Strompreise genauso wie für die unsicheren Renditen an den Finanzmärkten, Krankenkassenprämien oder die Kosten der Ausbildung. Mit dem Argument von Effizienzgewinnen wird die Idee abgelehnt, dass die Gemeinschaft gemeinsam Risiken trägt. Das Konzept erinnert stark an die Aussage von Margreth Thatcher, wonach es so etwas wie die Gesellschaft gar nicht gäbe.

C. Der Alternativentwurf der SP

I. Energiewende und ökologischer Umbau der Wirtschaft

Die Antwort der SP auf Avenir Suisse:

(28_Flexible Marktpreise für alle Stromverbraucherinnen) Anreize beim Energiekonsum sind wichtig, damit die zwingend notwendigen Effizienzsteigerungen und eine Stabilisierung des Energiekonsums erreicht werden können. Dass aber der Endverbraucher das volle Risiko der Marktschwankungen direkt tragen muss, weil die Versorgungsunternehmen die Kosten weitergeben, kann nicht die Lösung sein. Smart Metering ist zwar sinnvoll, jedoch zur Effizienzsteigerung und Ermöglichung einer volatileren und dezentralen Energieproduktion und nicht zur Kostenoptimierung aufgrund von Preisschwankungen.

(29_Marktorientierte Steuerung des Kraftwerkparks) Welche Technologien im nationalen Energiemix vorgesehen sind, muss die Politik und nicht der Markt entscheiden. Der Markt ist nämlich für alle Aspekte blind, die nicht bereits in der Preisbildung zum Ausdruck kommen – und darum braucht es entsprechende Eingriffe. Der Markt bzw. die am Markt agierenden Akteure hinken im Energiebereich aufgrund falscher Anreize, verdeckter Subventionen und fehlender Internalisierung der externen Kosten der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung hinterher.

(30_Etablierung eines Energiefonds der Kantone) Eine Entpolitisierung und Privatisierung des Strommarktes steht für die SP nicht zur Diskussion. Die Möglichkeit eines Pools der verschiedenen kantonalen Energiebeteiligungen kann aber diskutiert werden.

(31_Privatisierung des Stromübertragungsnetzes) Gerade weil das Netz so wichtig ist, darf es nicht privatisiert und den Einzelinteressen der privaten Aktionäre überlassen werden. Es stehen massive Investitionen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit bevor, welche nicht den Interessen von Spekulanten geopfert werden dürfen. Richtig ist es, die sich zuwiderlaufenden Interessen der Netzbetreiber und der Produzenten zu thematisieren, weil die Kantone beides dominieren. Die Privatisierung ist aber sicher nicht die adäquate Antwort auf dieses Problem.

Die Rezepte der SP für morgen und übermorgen:

Zu lange hat die Politik zugeschaut, zu lange wurde auf Freiwilligkeit gesetzt und es brauchte eine Atomkatastrophe, damit Mehrheiten für eine echte Energiewende möglich werden – zum Schutz der Bevölkerung, für mehr Effizienz, zur Schonung natürlicher Ressourcen, für unsere nachkommenden Generationen. Die SP wird die Energiewende engagiert und konstruktiv vorantreiben – im Interesse aller.

- KEV-Deckel: Die SP Schweiz hat mit ihrer „Cleantech-Initiative“ den Weg vorgegeben: Der Energieverbrauch der Schweiz muss bis 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt sein. Die Umsetzung führt zu einem massiven Zubau an erneuerbaren Energien und zu einer Steigerung der Energieeffizienz. Sie schafft damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz und reduziert die Auslandabhängigkeit. Förderliche Rahmenbedingungen wie die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) sind so auszugestalten, dass sie zu einer Mengenausweitung der erneuerbaren Stromproduktion führen und Investitionshemmnisse, insbesondere bei der Photovoltaik, abbauen. Auch wenn die Energiewende nicht gratis zu haben ist, wird sie langfristig weniger Kosten verursachen, da sie kein Risiko für potenzielle Milliarden Schäden birgt und auch nicht Unsummen für Rückbau und Entsorgung der Anlagen und der Abfälle verschlingt.
- Effizienzvorschriften für Heizungen, Geräte und Fahrzeuge: Alle grossen fossilen Heizungsanlagen (> 1 MW) sollen ab 2025 durch solche mit einem höheren Wirkungsgrad ersetzt werden. Das wird Wärmekraftkopplungsanlagen, Solarwärme und Wärmepumpen fördern und so den hohen Winterstrombedarf decken helfen. Auch für andere Geräte sowie für Personen- und Lastwagen sollen die Effizienzvorgaben weiter angehoben werden.
- Beteiligung der Bevölkerung an der Energiewende: Anstatt Energie-Netze und Produktion fremden Aktionären zu überlassen, will die SP die Bevölkerung stärker an der Energiewende partizipieren lassen. Die KEV ermöglicht eine dezentrale Stromversorgung, welche von regionalen Genossenschaften betrieben werden kann. Das Geld soll vermehrt von Pensionskassen kommen. Wie in Graz oder Wien sollen die Kunden der Elektrizitätswerke die Möglichkeit erhalten, selber Strom zu produzieren oder sich an erneuerbaren Anlagen zu beteiligen und so von deren Rendite profitieren.
- Ökologische Steuerreform: Die SP unterstützt die Idee langfristig die externen Energiekosten in den Energiepreis zu integrieren. Wer Gemeingüter verbraucht, soll die übrige Bevölkerung dafür abgeben. Wir wollen den Staat aber nicht finanziell vom Verbrauch umweltschädlicher Güter abhängig machen. Deshalb sollen Lenkungsabgaben auf nicht erneuerbare Energien erhoben und staatsquotenneutral an die Bevölkerung und die Firmen zurückbezahlt werden.

- Border Tax Adjustment: Wenn sich die Lenkungsabgaben nicht international durchsetzen, ist zu vermeiden, dass sie zu internationalen Wettbewerbsnachteilen führen. Deshalb soll die Lenkungsabgabe mittels Border Tax Adjustments auch auf die importierten Güter aus Ländern ohne Lenkungsabgaben geschlagen werden. Diese Zölle können dann an die Exportfirmen rückverteilt.

II. Ein gerechtes Steuersystem ohne Privilegien

Die Antwort der SP auf Avenir Suisse:

(8_ Einheitssatz bei der MWST) Es besteht in fast allen Staaten mit einer MWST Konsens darüber, dass für Grundnahrungsmittel ein reduzierter Satz zur Anwendung kommen kann. Wird dies nicht getan, wirkt die MWST aufgrund des relativ höheren Anteils von Ausgaben für Grundnahrungsmittel bei tieferen Einkommen degressiv. Diese zwei Sätze stellen in der Zeit der modernen Telekommunikation für die Abwicklung keinerlei Probleme dar. Fragwürdig und deshalb abzuschaffen sind indes temporäre Massnahmen zugunsten der Hotellerie, die ökonomisch lächerlich, weil sinnlos sind. Sicher sollen sie nicht stetig verlängert oder ausgeweitet werden, weil dadurch nur immer neue Ungerechtigkeiten geschaffen werden.

(9_ Säule 3c: Ein neues Vorsorgeprodukt mit Vorauszahlung der Steuerschuld) Momentan laufen die Vorbereitungsarbeiten für eine Überprüfung und Verbesserung des 3-Säulen-Modells. Dabei ist eigentlich allen beteiligten Verantwortlichen klar, dass der entscheidende Schritt die Stärkung der 1. Säule sein muss. Nebst 3a und 3b auch noch eine Säule 3c zu schaffen, die erstens nur für eine kleine Minderheit je relevant werden wird und zweitens klar ein einziges Ziel verfolgt, nämlich die Steuervermeidung, zeugt von einer sozial blinden Interessenpolitik für die Bestverdienenden auf dem Buckel des Mittelstandes.

(10_ Von der direkten Bundessteuer zur Eidg. Konsumsteuer) Gegen Vorschläge für die Einführung eines innovativen neuen Steuersystems ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Am Schluss werden jedoch zwei Punkte über die Akzeptanz eines Systemwechsel entscheiden: Fällt das Steueraufkommen gleich gross bzw. grösser/kleiner aus? Und wer wird entlastet bzw. belastet? Der Verweis auf die tiefe Besteuerung von Kapitaleinkommen in den dualen Steuersystemen der nordischen Staaten ist richtig – aber nur mit der Ergänzung, dass dies mit einer gleichzeitig sehr hohen und progressiven Besteuerung der Arbeitseinkommen gekoppelt ist. Die Erfahrung mit Reformen der Unternehmensbesteuerung in den letzten Jahren in der Schweiz hat leider gezeigt, dass die Folge immer eine Umverteilung von unten nach oben war: Unternehmen und hohe Kapitaleinkommen wurden steuerlich entlastet, während die tiefen Einkommen und der Mittelstand den staatlichen Leistungsabbau oder höhere Gebühren zu tragen hatten.

Die Rezepte der SP für morgen und übermorgen:

Eine gute Steuerpolitik ist gerecht, erhöht die Verteilungsgerechtigkeit und ermöglicht es dem Staat zum Wohle aller seine demokratisch legitimierten Aufgaben wahrzunehmen. Steuerpolitik darf Privilegierten nicht noch mehr Privilegien ermöglichen.

- Korrektur der Milliardenausfälle durch das Kapitaleinlageprinzip: Das Gerechtigkeitsempfinden weiter Teile der Bevölkerung ist arg getroffen durch die Steuerausfälle, die die Unternehmenssteuerreform ermöglicht hat, ohne dass dies vor der Volksabstimmung offen gelegt wurde. Die zur steuerfreien Rückzahlung an die Aktionäre angemeldeten 930 Milliarden

Franken Agio-Reserven werden noch über Jahre zu Steuermindereinnahmen bei Bund, Kantonen und AHV führen. Die SP verlangt, dass die Einführung des Kapitalanlageprinzips (KEP) genauso durch eine Kapitalgewinnsteuer für natürliche Personen flankiert wird, wie das in allen anderen Ländern, die das KEP anwenden, auch der Fall ist.

- Nationale Erbschaftssteuer: Die Schweiz zeichnet sich im internationalen Vergleich durch eine äusserst ungleiche Verteilung der Vermögen aus. Aufgrund des interkantonalen Steuerwettbewerbs haben die meisten Kantone mittlerweile die Erbschaftssteuer für die direkten Nachkommen abgeschafft, was die Vermögenskonzentration noch weiter verschärft. Die SP propagiert deshalb mit der mitlancierten Initiative eine nationale Erbschaftssteuer, die mit einem hohen Freibetrag die grosse Mehrheit nicht trifft, aber zumindest teilweise verhindert, dass sich Millionen- und Milliardenvermögen steuerfrei bei immer weniger Personen kumulieren.
- Abschaffung der Pauschalbesteuerung: Durch die steuerliche Sonderbehandlung reicher ausländischer Bewohnerinnen und Bewohner wird das verfassungsrechtliche Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit schlicht ignoriert. Diese Ungleichbehandlung gilt es zu streichen. Die SP kämpft nicht nur auf kantonaler Ebene in verschiedenen Kantonen für eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung, sondern hat auch tatkräftig die entsprechende nationale Volksinitiative unterstützt, die Ende letztes Jahr zustande gekommen ist.
- Mindeststeuersätze gegen den exzessiven Steuerwettbewerb der Kantone: Im Rahmen des Dialogs mit der EU über die privilegierten Auslandgewinne von Spezialgesellschaften wird die Schweiz die Steuerpraxis in den Kantonen korrigieren müssen. Damit die entsprechenden Anpassungen nicht zu Ausfällen in Milliardenhöhe, zu massiven Spannungen im NFA sowie zu einem ungebremsen „race to the bottom“ im interkantonalen Steuerwettbewerb führen werden, sind Stabilisierungsmassnahmen notwendig. Die SP verlangt, dass der Bund seine Besteuerung der Unternehmensgewinne ausbaut (Verbreiterung der Veranlagungsbasis, höherer Satz etc.) und den Kantonen eine Minimalbesteuerung vorgeschrieben wird.
- Finanztransaktionssteuer: Weil die Finanzbranche aufgrund der Anwendungsprobleme von der MWST ausgenommen ist, muss – wie in der EU jetzt in Vorbereitung – stattdessen für alle Finanztransaktionen eine Steuer erhoben werden. Damit kommt auch die Finanzbranche ihrem Beitrag für die Allgemeinheit nach. Gleichzeitig lassen sich so die volkswirtschaftlich nicht sinnvollen Transaktionen im Sekundentakt reduzieren, die mittlerweile den Grossteil des Volumens insbesondere auf dem Devisenmarkt ausmachen. Die SP fordert, dass sich der Bundesrat um eine Koordination mit dem Vorhaben (verstärkte Zusammenarbeit von 11 Mitgliedstaaten inkl. D, F und I) innerhalb der EU bemüht.

III. Eine sichere Altersvorsorge für alle

Die Antwort der SP auf Avenir Suisse:

(15_Aufhebung des gesetzlichen Rentenalters) Eine Flexibilisierung des Rentenalters mit der Einführung einer Lebensarbeitszeit drängt sich aufgrund der veränderten Arbeitsbiographien auf. In der Pflicht sind bei einem solchen Schritt auch die Unternehmen, die auf die Bedürfnisse von älteren Arbeitnehmenden eingehen müssen und nicht die Generationen gegeneinander ausspielen dürfen.

(16_Einführung einer Schuldenbremse in allen Sozialversicherungen) Die Sozialwerke brauchen zualererst eine nachhaltige Finanzierung und dann allenfalls einen Mechanismus, der bei sich abzeichnenden Engpässen eine symmetrisch ausgestaltete Korrektur bei den Einnahmen und den Ausgaben vorsieht. Entsprechende Entscheide müssen von der Politik und in letzter Instanz vom Volk gefällt werden; das kann keine automatische Schuldenbremse übernehmen.

(17_Entpolitisierung des Umwandlungssatzes im BVG) Ja, die Politik soll nicht Gott spielen – wie es die Autoren richtig festhalten. Die Versicherungskonzerne sollen es aber auch nicht tun können. Es ist klar, dass der Umwandlungssatz die Realität auf dem Finanzmarkt spiegeln muss. Aber die Politik trägt die politische Verantwortung dafür, dass die Menschen das Vertrauen in die Sozialwerke nicht verlieren. Wenn die Beitragszahlenden zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie im Abschwung die Kosten übernehmen sollen, aber im Aufschwung vor allem die Branche absahnt, dann verlangen sie zu Recht eine Korrektur. Wie diese im Detail ausfallen wird, muss nun im Rahmen der Revision der Altersvorsorge der 1. und 2. Säule definiert werden.

(18_Vollkapitalisierung der öff.-rechtl. Pensionskassen) Die Vollkapitalisierung der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen stellt nicht das zentrale Problem des BVG dar und ist sicher nicht für eine schwindende Akzeptanz der zweiten Säule verantwortlich. Es sollte nicht versucht werden, die Teilkapitalisierung für sachfremde Entwicklungen verantwortlich zu machen wie der mangelnde Fusionswille vieler Gemeinden.

(19_Freie Pensionskassenwahl durch die Mitarbeitenden) Die freie Wahl der PK mag auf den ersten Blick attraktiv erscheinen. Tatsache ist aber, dass bereits heute viele tiefere und mittlere Einkommen das mit Aktienmarktanlagen verbundene Risiko nicht zu tragen vermögen. Entsprechend erscheint eine freie PK-Wahl im obligatorischen Bereich nicht sinnvoll. Zudem dürften viele Arbeitnehmende mit der Beurteilung der PK rein fachlich überfordert sein.

Die Rezepte der SP für morgen und übermorgen:

Die Altersvorsorge ist der Dreh- und Angelpunkt des Sozialstaates. Die von ihr garantierten Ersatzehkommen sind ein ganz wesentliches Element der Solidarität: zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen einerseits, zwischen Arbeitgeberinnen und Angestellten andererseits. Das Ziel muss heute eine langfristige Konsolidierung des AHV- und BVG-Systems unter Berücksichtigung der Einflussfaktoren wie Demographie, gesellschaftliche Veränderungen sowie Renditeentwicklungen auf den Finanzmärkten sein.

- Stärkung der 1. Säule für existenzsichernde Renten: Es ist offensichtlich, dass das heutige AHV-Rentenniveau zu tief ist, um das Existenzminimum abzudecken, wie es in der Bundesverfassung formuliert ist. Selbst mit Ergänzungsleistungen wird diese Verfassungsvorgabe nicht erreicht und somit erfüllt der wichtige erste Pfeiler des Systems seine Funktion nicht. Die Renten der 1. Säule müssen deshalb angehoben und die entsprechende Finanzierung muss sichergestellt werden (Erbchaftssteuer etc.).
- Grenzen des Kapitaldeckungsverfahrens: Während Jahren ist die Finanzierung der 2. Säule als nachhaltiger und gerechter ins Feld geführt worden. Die letzten Jahre mit tiefen Renditen sowie mit verschiedentlich schlechter und zu kostspieliger Verwaltung der BVG-Vermögen haben den Korrekturbedarf der 2. Säule aufgezeigt. Ein zentrales Problem ist die strukturelle Abhängigkeit der sozialen Sicherheit von den Renditen auf den Finanz- und Wohnungsmärkten als „dritter Beitragszahler“. Das stetig wachsende BVG-Kapital und der damit verbundene Anlagezwang verschärfen die Situation. Die SP schlägt deshalb vor, dass auch die gezielte Anwendung des Umlageverfahrens für gewisse Bereiche der zweiten Säule ins Auge gefasst wird wie beispielsweise für die Renten der Hochbetagten ab 85 Jahren.
- Transparenz und Good Governance: Noch immer ist das Geschäft der 2. Säule geprägt von intransparenten und für Aussenstehende (und Betroffene!) nicht nachvollziehbaren Rechnungsmodellen. So klafft beispielsweise zwischen Risikoprämien und den entsprechenden Leistungen eine Lücke, die in dieser Grösse nicht erklärbar ist. Nur wenn die Verwaltungsaufwendungen transparent und verständlich dargelegt sind, wird die Versicherungsbranche das Vertrauen der Öffentlichkeit wieder zurückgewinnen können. Die SP verlangt, dass die

Transparenzbemühungen verstärkt, die Aufsicht und Kontrolle durch die FINMA ausgebaut und insbesondere die Vermögensverwaltungskosten weiter reduziert werden.

- Lebensarbeitszeit statt Rentenerhöhungen: Debatten über eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters machen keinen Sinn, so lange die Wirtschaft kein Interesse an einer stärkeren Einbindung der älteren Arbeitnehmenden zeigt. Das Ziel der SP ist darum ein Rentensystem, das nebst dem Alter auch die Beitragsjahre berücksichtigt. Die SP verlangt, dass in der eingeleiteten Reform die Grundlagen gelegt werden für einen fundamentalen Systemwechsel und die Festlegung einer Anzahl Beitragsjahre, die unterschiedslos zum Bezug von AHV- und BVG-Leistungen berechtigen.

IV. Ein bezahlbares und qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen

Die Antwort der SP auf Avenir Suisse:

(20_Institutionalisierung Kosten-Nutzen-Analyse im Leistungskatalog der Grundversicherung) Eine regelmässige Überprüfung von Kosten-Nutzen medizinischer Leistungen ist nicht in Frage zu stellen. Offensichtlich zielt diese Massnahme – insbesondere die Altersrationierung – in erster Linie auf einen Leistungsabbau ab. Die Leistungen einer medizinischen Grundversorgung sind nicht nur eine Frage von Kosten-Nutzen, sondern sind ein politischer Grundsatzentscheid über die Qualität des Gesundheitssystems für alle.

(21_Abschaffung der kantonalen Spitalplanung und des Kontrahierungszwangs) Das Gesundheitswesen hat einen öffentlichen Auftrag und ist daher keine x-beliebige Branche. So wünschenswert eine Spitalplanung über die föderalen Grenzen hinaus ist, so darf ein solcher Schritt sicher nicht mit einer Privatisierung des gesamten Spitalwesens einhergehen.

(22_Höhere und differenzierte private Kostenbeteiligung in der Grundversicherung) Der vermeintlich grosse Anreiz für die Menschen, bei jeder Gelegenheit eine Arztpraxis aufzusuchen, ist ein nicht tot zu kriegender Mythos. Was in Einzelfällen zutreffen mag, ist für die grosse Menge ein nicht haltbarer Vorwurf: Der persönliche Nutzen eines Arztbesuches steht in keinem Verhältnis mit dem damit verbundenen Unbehagen. Klar ist hingegen, dass eine höhere private Kostenbeteiligung dazu führt, dass Arztbesuche bis zum spätmöglichen Zeitpunkt hinausgeschoben werden; womöglich bis die Heilungskosten unverhältnismässig höher sind. Nicht zu vergessen gilt: Die hohen Gesundheitskosten sind insbesondere die Folge der nach wie vor abgeschotteten Hochpreisinsel, was auch bei medizinischen Hilfsmitteln wie Hörgeräte oder Rollstühle zum Ausdruck kommt.

(23_Einführung eines Medical Savings Account) Dem immer gerne propagierten Moral-Hazard-Problem ist der Solidaritätsgedanke zwischen den Generationen und das Versicherungsprinzip einer Sozialversicherung entgegen zu halten. Bereits in der Altersvorsorge ist behauptet worden, dass mit dem Wechsel vom Umlage- zum Anlagedeckungsverfahren alles gelöst sei. Es ergibt keinen Sinn, wenn nun auch noch die Gesundheitsaufwendungen über die Finanzmärkte umgeleitet und in Abhängigkeit zum Auf und Ab an der Börse gebracht werden.

Die Rezepte der SP für morgen und übermorgen:

Eine gute Gesundheitsversorgung steht einzig und alleine im Dienste der Menschen – und darf nicht dazu missbraucht werden, Interessen oder Renditemaximierung von Versicherern, Privatinvestoren,

Spezialärzten, Pharmabranche etc. zu befriedigen. Die SP kämpft seit jeher für eine gute, bezahlbare und transparente Gesundheitsversorgung. Wesentliche Elemente davon sind:

- Öffentliche Krankenkasse: Der derzeit zwischen einer Vielzahl von Krankenversicherern laufende Wettstreit um die guten Risiken, also um die jungen und gesunden Versicherten, ist ein Nullsummenspiel, das zu massiven Marketing- und Verwaltungskosten führt. Darum will die SP der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse zum Durchbruch verhelfen. Eine öffentliche Krankenkasse mit kantonalen Agenturen schafft zudem mehr Transparenz bei der Prämien-gestaltung. Wie wichtig das ist, zeigt das aktuelle Prämiendebakel mit Versicherten, die in einzelnen Kantonen massiv zu viel bezahlen mussten.
- Stärkung der interdisziplinären Grundversorgung: Um eine solide medizinische Grundversorgung in der Schweiz sicherzustellen, ist ein gut ausgebautes Netz von Hausärztinnen notwendig: 90 Prozent aller Krankheiten können heute von den Hausärzten abschliessend behandelt werden. Eine starke Hausarztmedizin bringt also bessere Qualität zu tieferen Kosten. Die SP verlangt deshalb eine Förderung der Hausarztmedizin und von den Versicherungen einen zwingenden Aufbau von Netzwerken, zu denen alle Versicherten Zugang haben.
- Prävention: Gesundheitsförderung und Prävention nehmen in der Gesundheitspolitik wenig Raum ein. Auch wenn es um die Ausgaben geht, werden für diese Bereiche verhältnismässig wenig Mittel ausgegeben. Es sind dies weniger als 2,5% der Gesundheitskosten, die für die Verhütung und Verhinderung von Krankheiten verwendet werden. Dies wird - unter anderem von der OECD - immer wieder festgestellt und kritisiert. Die SP verlangt, dass die Prävention gesetzlich verankert wird. Von bürgerlicher Seite muss der unter dem Motto „Eigenverantwortung“ geführte Kampf gegen die Prävention endlich gestoppt werden, weil ein Verzicht auf Prävention nur immer höhere Gesundheitskosten in der Zukunft generiert.

V. Für eine starke öffentliche Schule und eine Bildungsoffensive

Die Antwort der SP auf Avenir Suisse:

(11_Mehr Allgemeinbildung und weniger Spezialisierung in der Berufslehre) Eine allgemeine ausgerichtete und durch mehr Allgemeinbildung gestärkte Berufsbildung entspricht den Anforderungen der Wirtschaft und ist gleichzeitig auch im Interesse der Gesellschaft als Ganzes. Gleichzeitig setzt ein solcher Schritt aber voraus, dass die Unternehmen anschliessend die Verantwortung für die Spezialisierung der Lehrlinginnen „on-the-job“ übernehmen. Dazu gehört auch die Förderung der Weiterbildung.

(12_Einführung von dualen Studiengängen an den Fachhochschulen) Duale Studiengänge an Fachhochschulen sind eine prüfungswerte Idee, wenn weiterhin gelten soll, dass Fachhochschulen „andersartig, aber gleichwertig“ sind, die Durchlässigkeit zwischen Hochschulen und Fachhochschulen gewährleistet ist und weiterhin auch die Fachhochschulen im Bereich der angewandten Forschung im Wettbewerb mit den Hochschulen tätig sein können.

(13_Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft) Das Prestigeziel der Spitzenuniversitäten ist nachvollziehbar, aber diese Bemühungen dürfen die zentrale Aufgabe der Bildungsinstitutionen, im Interesse von Gesellschaft und Wirtschaft junge Menschen auszubilden und für den Arbeitsmarkt vorzubereiten, nicht aus den Augen verlieren. Damit das Potenzial genutzt werden kann, muss das Stipendienwesen so ausgestaltet werden, dass nicht das Portemonnaie über den Zugang zu den Hochschulen entscheidet.

(14_Von der Anbieter- zur Nachfragerfinanzierung: das Bildungskonto) Bevor ein solcher Schritt mit mehr Wettbewerb innerhalb des Bildungssystems realisiert werden kann, muss genau aufgezeigt

werden, welche „Vorteile von mehr Wettbewerb“ es zu ermöglichen gilt – und welche Vorteile des geltenden Systems, insbesondere unter dem Aspekt der Chancengleichheit, unbedingt erhalten und verteidigt werden müssen.

Die Rezepte der SP für morgen und übermorgen:

Nebst der Herkunft ist die Bildung der zentrale Ort, wo Chancen verteilt werden. Bereits Kinder im Vorschulalter sollen deshalb durch gute, bildungsnahe Angebote Zugang zu einem fördernden Umfeld erhalten. Für uns ist klar: Frühförderung und Schule gehören untrennbar zusammen. Bildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt. Der nationale Gesundheitsbericht 2008 zeigt, wie gross der Einfluss von Schulbildung, Berufsbildung oder beruflicher Stellung auf die Gesundheit ist. Und eine gute Bildungspolitik ist auch die beste Wirtschaftspolitik.

- Mehr Bildungsinvestitionen: Die Schweiz hat traditionell immer von der Einwanderung profitiert und wird insbesondere aus demografischen Gründen weiterhin auf Einwanderung angewiesen sein. Die ausländischen Fachkräfte helfen mit, den Wohlstand zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten. Doch die Abhängigkeit, die entsteht, weil die Schweiz die Aus- und Weiterbildung im Inland vernachlässigt und einfach auf den Import von ausländischem Knowhow setzt, ist riskant. Gerade auch weil Fachkräfte europaweit gesucht sind (75% der Zunahme von SpitalärztInnen und 55% der Zunahme von Pflegefachkräften erfolgte zwischen 2002 und 2008 gestützt auf ausländisches Personal). Die SP fordert deshalb dringend eine Fachkräfte-Bildungsoffensive (Gesundheit, MINT-Bereich), um ihre Abhängigkeit von Abwerbungen aus dem Ausland zu mindern. Es ist ethisch fragwürdig, wenn die Lücken beim Gesundheitspersonal – die eine Folge der Sparpolitik im Bildungswesen sind – auf Kosten der Gesundheitsversorgung anderer Länder geschlossen werden.
- Bestens ausgebildete Frauen: Vor allem höhere Arbeitspensen von an der Erziehung von Kindern Beteiligten (mehrheitlich 25–54-jährige Frauen) birgt ein grosses Potenzial: Aufgrund der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschränken sich die Betroffenen meist auf ein sehr tiefes Teilzeitpensum. Die SP fordert darum, dass diese Hindernisse beseitigt werden. Steuerliche Fehlanreize, welche Frauen oder Männer vom Arbeitsmarkt fernhalten, müssen abgebaut werden. Damit Männer und Frauen weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, wenn sie eine Familie gründen, fordert die SP ein ausreichendes Angebot an familienergänzenden, ausserschulischen Betreuungsplätzen sowie Tagesschulen mit Mittagstischen.
- Mehr Koordination und Steuerung im Bildungssystem: Das Ziel ist die Schaffung eines einheitlichen gesamtschweizerischen Hochschul- und Forschungsraums. Es braucht eine stärkere Steuerung des Gesamtsystems, eine Stärkung der Autonomie und eine Vereinheitlichung der Finanzierung zum Zweck der Steigerung der Qualität von Lehre und Forschung. Die SP fordert, dass es zu einer verstärkten Kooperation von Bund und Kantonen kommt.

VI. Ein sauberer und nachhaltiger Finanzplatz

Die Antwort der SP auf Avenir Suisse:

(4_Rückkehr zu einer einfacheren Bankenregulierung) Risiken gehören zum Bankengeschäft. Diese Feststellung versteht sich von selbst und auch gegen die geforderte Vereinfachung der Bankenregulierung ist nichts einzuwenden. Vereinfachen darf aber nicht bedeuten, dass den Banken – wie vor der Krise 2007 geschehen – zu viel freien Lauf gelassen und alles im Sinne von Eigenverantwortung und Selbstregulierung der Branche überlassen wird. Richtig ist, dass die Aufsicht nur mit einer star-

ken und von der Branche unabhängigen sowie über genügend Ressourcen verfügende FINMA funktionieren kann.

(5_ *Ungewichtete Eigenkapitalquote für Banken*) Die SP hat sich schon seit Jahren – schon vor der Finanzkrise – für die Einführung einer ungewichteten Leverage Ratio eingesetzt und eine massive Erhöhung dieser Vorgaben auch im Rahmen der „Too big to fail“-Debatten leider erfolglos eingefordert. Das Ziel muss sein, dass die faktische Staatsgarantie für die beiden Grossbanken durch eine massive Redimensionierung beendet wird. Um das zu erreichen soll der Staat keineswegs auf Eingriffe ins Geschäftsmodell wie die Abspaltung des Investmentbanking verzichten müssen.

(6_ *Stärkung der Transparenz bei der SNB*) Aufgrund der offensichtlichen Governance-Probleme der SNB, die im Rahmen der Affäre Hildebrand/Blocher zutage getreten sind, ist es richtig die Organisation, die Kompetenzen und die Transparenz der Notenbank zu überprüfen. Bei dieser Gelegenheit soll aber auch überprüft werden, in wie weit der Auftrag der SNB für eine moderne und effiziente Geld- und Währungspolitik im Interesse der gesamten Volkswirtschaft angepasst werden muss. Dabei muss dem veränderten Umfeld mit einer europäischen Währungsunion und der weitgehenden Globalisierung der Finanzmärkte Rechnung getragen werden.

(7_ *Kein verbrieftter Anspruch von Bund und Kantonen auf Gewinnanteile der SNB*) Es ist richtig daran zu erinnern, dass das Ziel der SNB eine Geldpolitik im Interesse des Werkplatzes und des Finanzplatzes ist. Wenn bei dieser Tätigkeit Gewinn erwirtschaftet wird, so ist das eine „angenehme Nebenwirkung“. Die SNB darf nie in die Situation kommen, dass sie aufgrund von Gewinnerwartungen der Kantone bei der Ausübung der adäquaten Geldpolitik zögern würde. So ist es unabdingbar, dass die SNB am Markt interveniert, auch wenn eine solche Strategie mit Buchverlusten verbunden sein kann.

Die Rezepte der SP für morgen und übermorgen:

Keine der Ideen von Avenir Suisse zielt wirklich darauf, einen vollständig steuerkonformen und nachhaltigen Finanzplatz zu schaffen. So folgt leider auch Avenir Suisse weitgehend der vorherrschenden unverantwortlichen Haltung des Bundesrates und der bürgerlichen Parteien, möglichst lange in einer Igelhaltung zu verharren, bis man zu einem weiteren Schritt gezwungen wird oder der nächste Skandal an die Oberfläche gelangt. Dass ein solches Verhalten weder verantwortungsvoll noch sinnvoll ist, wurde in der Vergangenheit leider mehrmals schmerzlich deutlich: So kündigte der Bundesrat eine Anerkennung von Artikel 26 des OECD-Musterabkommens (Amtshilfe bei Steuersachen) erst an, als der Schweiz im Frühling 2009 die internationale Isolierung auf verschiedenen schwarzen Listen drohte. Markige und empörte Aussagen verbreiten und die internationale Kritik mit Verweis auf die nationale Souveränität lautstark zurückweisen ist einfach, echte Antworten liefern und mit einer Strategie ein Zukunftsmodell auszuhandeln, wäre jedoch angesagt.

Die SP fordert deshalb, Scheuklappen, Denkverbote und Starren aufzulösen und effektive Instrumente für einen glaubwürdigen, angesehenen und nachhaltigen Finanzplatz Schweiz zu diskutieren und zu ergreifen:

- **Automatischer Informationsaustausch:** Die Schweiz muss sich aktiv in die Diskussionen über einen sinnvollen und wirksamen automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen einbringen und bei der Definition künftiger Standards mitarbeiten. Das Ziel ist es, die individuelle Privatsphäre mit den legitimen Interessen der Steuerbehörden bzw. der Allgemeinheit nach Steuerkonformität in Einklang zu bringen. Die SP hat darum dem Bundesrat bereits im Dezember 2012 den Vorschlag für ein Verhandlungsmandat mit der EU vorgelegt.

- Bereits befindet sich die Schweiz wieder auf einer grauen Liste der OECD, weil sie die Standards des Informationsaustauschs auf Anfrage nicht erfüllt. Weiterhin verhält sich der Bundesrat so, als ob er die Steuerhinterzieher um jeden Preis vor der Entdeckung schützen wolle. Die drei Forderungen der OECD sind aber berechtigt. Die Vorabinformation der Steuerhinterzieher bei Amtshilfeverfahren („Kundenverfahren“) und die Dunkelkammer „Namensaktie“ sind endlich ersatzlos abzuschaffen und alle 80 Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz an den neuen OECD-Standard anzupassen.
- Steuerdelikte als Vortat der Geldwäscherei: Die der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) angegliederte Financial Action Task Force (FATF/GAFI) hat eine Teilrevison ihrer Empfehlungen zur Geldwäschereibekämpfung verabschiedet. Neu werden nun auch Steuerdelikte („tax crimes“) als Vortaten zur Geldwäscherei erfasst. Die Schweiz steht jetzt vor der Aufgabe, konkretisierende Bestimmungen bezüglich der erfassten „tax crimes“ vorzulegen. Bereits wird wieder versucht, mit übertriebenen Kriterien zu verhindern, dass diese Lücke der Geldwäschereibekämpfung geschlossen wird. Die SP verlangt die Umsetzung der GAFI-Empfehlung analog zu den Nachbarstaaten und ohne neue Schlupflöcher.
- Gleiche Rechte für inländische Steuerbehörden: Heute können die Schweizer Steuerbehörden nur bei Verdacht auf schwere Steuerwiderhandlungen auf Bankinformationen zugreifen. Demgegenüber hat sich die Schweiz in einer Reihe von DBA verpflichtet, ausländischen Steuerbehörden in jedem Fall eines begründeten Ersuchens die nötigen Bankinformationen zu verschaffen. Die SP fordert die Gleichbehandlung der inländischen Steuerbehörden mit den Behörden im Ausland, weil es selbstverständlich auch die Steuerhinterziehung im eigenen Land zu verhindern gilt.
- Kein Paradies für Hedge Funds: Schon mitten in der Finanzkrise setzten sich die Lobbyisten im Steuerungsausschuss „Dialog Finanzplatz Schweiz“ durch, und verordneten dem Finanzplatz eine höhere Attraktivität für Hedge Funds und Private Equity-Gesellschaften. Damit sollte auf Intransparenz und die Zockereien von Finanzplatz-Hasardeuren gesetzt werden. Diese Zukunftsstrategie ist vom Bundesrat bisher nicht zurückgenommen worden. Die SP verlangt, dass sich der Finanzplatz von diesen Ansinnen klar verabschiedet.
- Keine Annahme von Schwarzgeld aus Entwicklungsländern: Es fließt ein Vielfaches an Schwarzgeldern aus Entwicklungsländern in reiche OECD-Länder als diese Entwicklungshilfe leisten. Weiterhin nimmt das Finanzsystem des Nordens Hunderte von Milliarden Franken an Steuerflucht- und Korruptionsgeldern aus dem Süden an. Nur umfassende Transparenz und erhöhte Sorgfaltspflichten können diesem Skandal den Riegel schieben. Zudem braucht es Steuerinformationsabkommen mit allen Offshore-Finanzplätzen, damit Schweizer Steuerbehörden dort Auskunft über versteckte Gelder einholen können.

VII. Eine griffige Raumplanung und mehr Wohnqualität für alle

Die Antwort der SP auf Avenir Suisse:

(32_Koordinierte Raumentwicklung in den Metropolitanregionen) Diese Idee ist sinnvoll und muss weiterverfolgt werden.

(33_Mechanismus zur räumlichen Verschiebung der Bauzonenreserven) Die angestrebte Verschiebung der Bauzonen über die ganze Schweiz ist richtig und wird von der SP so auch unterstützt.

(34_Parklandschaften für eine urbane Schweiz) Das Projekt der Parklandschaften und die Umsetzung u.a. via eine Art zweite Weiterentwicklung des Direktzahlungssystem für die Landwirtschaft (WDZ II) verdient eine weitere Prüfung.

(35_Steuerung von Schrumpfungsprozessen in potenzialarmen Räumen) Der Umgang mit den Schrumpfungsprozessen in den peripheren Gebieten muss eng mit der betroffenen Bevölkerung und spezifisch nach den Möglichkeiten der entsprechenden Regionen angegangen werden. Richtig ist, dass diese Analyse und Planung nüchtern und nicht unter Ausblendung der Realität erfolgt.

Die Rezepte der SP für morgen und übermorgen:

Der haushälterische und schonende Umgang mit Boden, Wasser und Luft erfordert eine aktive Raumplanungspolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden. Zudem hat sich die Wohnsituation der Menschen in den Städten und Agglomerationen in den letzten Jahren immer weiter verschärft: Anfangsmieten sind in den Ballungszentren innerhalb von zehn Jahren um rund 60 Prozent gestiegen. Die Kosten für das Wohnen sind mit Abstand der grösste Posten in jedem Haushaltsbudget und volkswirtschaftlich gesehen entziehen die Miet- und Kaufpreiserhöhungen den Haushalten Mittel, die dem Binnenkonsum fehlen. Hohe Miet- und Immobilienpreise schwächen die Kaufkraft und die Freiheit der Menschen empfindlich.

- Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus: Die ständige Bodenpreiserhöhung durch die Exzesse am Immobilienmarkt muss mit gezielten regulierenden Eingriffen gestoppt werden. Die öffentliche Hand muss eigenes Land ausschliesslich nicht renditeorientierten gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht abgeben. Zudem müssen Städte und Gemeinden aktiv nach Gelegenheiten suchen, Bauland oder Industriebrachen zu erwerben. Der Boden soll dann im Baurecht Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen zur Verfügung gestellt werden. Die SP verlangt deshalb, dass bis 2020 der Anteil der Wohnbaugenossenschaften am Schweizer Wohnungsmarkt im Landesdurchschnitt auf zehn Prozent verdoppelt wird.
- Zonen mit mehr Kostenmieten: Städte und Agglomerationen haben Möglichkeiten in den Markt einzugreifen. So können sie bei akuter Wohnungsnot und markanten Preiserhöhungen Zonen für den Wohnungsbau nach dem Grundsatz der Kostenmiete definieren und so für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen Wohnraum sicherstellen. Investitionen in solche Bauten können von höheren Ausnützungsziffern profitieren. Die SP verlangt, dass Städte und Kantone mit einem überhitzten Wohnungsmarkt in ihren Bauzonenordnungen entsprechende Zonen vorsehen.
- Mehrwertabschöpfung: Es braucht eine Stärkung der seit 30 Jahren ungenügend vollzogenen Mehrwertabschöpfung bei Ein- und Umzonungen durch eine zwingende Bundesregelung wie es das revidierte Raumplanungsgesetz vorsieht. Denn es braucht ein Bodenrecht, das der Bodenspekulation den Riegel schiebt und von Bodenrenten, denen keine Leistung gegenübersteht, einen Teil des Gewinns abschöpft. Die SP verlangt, dass die Kantone ihre bestehenden Möglichkeiten nutzen und so die Zersiedelung stoppen.
- Geldwäscherei am Immobilienmarkt: Immer häufiger werden die Exzesse am Immobilienmarkt zur Geldwäscherei missbraucht. Boden und Immobilien müssen auch durch Anlagevorschriften und die Unterstellung unter das Geldwäschereigesetz vor Preiserhöhungen geschützt werden. Die SP verlangt, dass endlich mit einer griffigen Gesetzesrevision verhindert wird, dass die Geldwäscherei die Bodenpreise noch stärker in die Höhe treibt.

Kommentar zu den übrigen Ideen

(01_ Altersneutrale BVG-Beiträge zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer)

Der positive Beschäftigungseffekt für die älteren Arbeitnehmenden wird bestenfalls durch den negativen Beschäftigungseffekt bei den Jungen kompensiert. Die älteren Arbeitnehmenden verfügen aufgrund ihrer Berufserfahrung über ein klar höheres Einkommen. Somit macht die Staffelung Sinn, zumal junge Erwachsene durch die Geburt von Kindern etc. mit speziell hohen Lebenskosten konfrontiert sind.

(02_ Verzicht auf spezifische Standortförderung)

Steuer geschenke für ausländische Unternehmen sind von der SP seit jeher kritisiert worden und deshalb wird diese Unterstützung durch Avenir Suisse begrüsst. In sehr begrenztem Rahmen können allenfalls Ausnahmen für Randregionen definiert werden. Ein Verzicht auf steuerliche Standortförderung muss aber durch eine materielle Steuerharmonisierung im Sinne einer kantonalen Mindestbesteuerung begleitet werden. Zudem darf insbesondere der Wegfall von Steueranreizen für ausländische Unternehmen nicht für eine breit angelegte Steuersenkungsrunde missbraucht werden.

(03_ Freiwillige Abgabe bei Neueinstellungen aus dem Ausland)

Entscheidend dafür, dass die PFZ allen statt wenigen zugute kommt, sind griffige flankierende Massnahmen im Bereich Arbeit, Wohnen, Infrastruktur und Bildung. Stattdessen auf freiwillige Schritte der Unternehmen zu setzen, die künstlich die Attraktivität der ausländischen Arbeitnehmenden schmälern sollen, sendet falsche Signale aus und dürfte wirkungslos bleiben.

(24_ Schrittweise Erhöhung des Kostendeckungsgrades im Verkehr)

Die grosse Errungenschaft der schweizerischen Verkehrspolitik ist die Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr – und darum beneidet uns insbesondere das benachbarte Ausland. Jetzt mit einer Erhöhung der Kostendeckung diese Entwicklung abzuwürgen, wären Totalkehrwende weg von der Schiene wieder zurück auf die Strasse. So ist die Behauptung falsch, dass beim Strassenverkehr im Gegensatz zur Schiene kein Bedarf an Preiserhöhungen besteht. Das längerfristige Ziel muss ein allgemeines Mobility Pricing sein, das alle externen Kosten berücksichtigt. Vorerst muss es aber in erster Linie darum gehen, dass mehr Personen vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr wechseln. Und diese Entwicklung ist mit massiven Erhöhungen beim Schienenverkehr nicht zu schaffen.

(25_ Transparenz und Priorisierung bei der Infrastrukturfinanzierung)

Es steht keine Investitionslawine an, sondern es besteht ein riesiger Investitionsbedarf. Insbesondere vor dem Hintergrund der restriktiven Schuldenbremse wäre eine Finanzierung der Infrastruktur über den allgemeinen Bundeshaushalt unverantwortlich. Bereits heute die öffentliche Investitionstätigkeit des Bundes durch die Schuldenbremse eingeschränkt und führt zu einer Investitionshemmung, die sich längerfristig rächen wird. Statt auch noch die bestehenden Fonds abzuschaffen müsste vielmehr das Anliegen der SP nach einer Ausklammerung der Investitionen aus der Schuldenbremse berücksichtigt werden.

(26_ Umfassendes «Mobility Pricing» auf Schiene und Strasse)

Eine Mobility Pricing ist auch das längerfristige Ziel der SP, denn nur so lässt sich das zunehmende Mobilitätsbedürfnis der Gesellschaft einigermaßen steuern und eine faire Kostenverteilung sicherstellen. Ein solches System muss aber gleichermassen für die Schiene und

die Strasse zur Anwendung kommen, auch wenn das Pricing des Individualverkehrs etwas komplizierter ist.

(27_Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur)

Die Erfahrungen in jenen Ländern, die die öffentliche Verkehrsinfrastruktur privatisiert haben zeigt, dass durch mehr Wettbewerb keineswegs Qualitätssteigerungen sichergestellt werden – im Gegenteil. Es besteht keinerlei Notwendigkeit das Infrastruktur-Tafelsilber, um das uns alle Welt beneidet, zu verkaufen. Die international bereits tiefen Schulden durch den Verkauf von rentablen Infrastrukturen zu senken, ist ökonomisch und politisch ein Schildbürgerstreich, weil die Nettoverschuldung damit nicht sinkt.

(36_Proporzsystem bei der Wahl der Verwaltungsräte)

Ein erster und entscheidender Schritt zu mehr Aktionärsdemokratie erfolgt mit der Annahme der Abzocker-Initiative. Welche weitergehenden Massnahmen notwendig sind, sollte erst entschieden werden, wenn die neusten Änderungen einmal in der Praxis geprüft werden können.

(37_Bessere Rahmenbedingungen für Hedge Funds)

Die Schweiz kann keinerlei Interesse daran haben, sich bereits wieder als Regulierungszone für Hedge Funds einzurichten, wenn die Probleme und Altlasten des lange verfolgten Geschäftsmodells Bankgeheimnis noch keineswegs aus der Welt geschafft sind. Der Finanzplatz ist gut beraten, eine nachhaltige Strategie ohne neue Abenteuer anzuvisieren. Die verklärende Darstellung förderungswürdiger Heuschrecken widerspricht allen jüngsten Erfahrungen mit Hedge Funds.

(38_Die Kumulusaktie als Anreiz für loyale Anleger)

Die Idee der Belohnung von Aktionärstreue soll geprüft werden.

(39_Anpassung der Hürden für Volksinitiativen und Referenden)

Es besteht kein Anlass die Volksrechte zu beschneiden, nur weil sie derzeit von den verschiedenen politischen Gruppierungen rege genutzt werden.

(40_Das Volk als Schiedsrichter zwischen National- und Ständerat)

Änderungen an den Instrumenten der direkten Demokratie wollen gut überlegt sein. Grundsätzlich ist nicht klar, warum nicht wie bisher erst dann eine Vorlage vors Volk kommen soll, wenn es sich entweder um eine Verfassungsänderung handelt oder mit der Unterschriftensammlung klar wird, dass eine nicht vernachlässigbare Minderheit nicht einverstanden ist.

(41_Eine Bundesverfassung, die Kantonszusammenschlüsse erleichtert)

Eine Vereinfachung der Kantonszusammenschlüsse ist prüfenswert.

(42_Ein Finanzausgleich, der Anstrengung belohnt)

Die Annahme ist falsch, dass das Problem des nur mangelhaft funktionierenden Finanzausgleichs ein Zuwenig an Steuerwettbewerb ist. Im Gegenteil: Es ist heute so, dass die ressourcenstarken Kantone zumindest partiell den ressourcenschwächeren Nachbarn ihre Tiefsteuerpolitik finanzieren. Der Wettbewerb zwischen den Kantonen soll nicht über die tiefsten Steuersätze, sondern über die besten Leistungen geführt werden. Das auch darum, weil für den internationalen Standortwettbewerb Faktoren wie Infrastruktur, Lebensqualität

und Verfügbarkeit von genug Personal dank hochstehenden Bildungsinstitutionen als Ganzes wichtiger sind als allein die Steuersätze.

(43_ Steuer- und Stimmrechtsplitting zwischen Wohn- und Arbeitsort)

Vorneweg bleibt festzuhalten, dass die Staatsquote erstens in der Schweiz nicht „erheblich“ ist und zweitens eine tiefe Staatsquote keinerlei Garantie oder Kennzeichen einer hohen Lebensqualität oder eines hohen Wohlstandsniveaus in einem Land ist. Statt mittels eines Steuersplitting eine Angleichung der Steuerniveaus zu erreichen, wäre es aus Sicht der SP vielmehr angebracht, mittels eines Mindeststeuersatzes sowohl für natürliche als auch für juristische Personen das Problem des ungesund hohen Steuergefälles direkt anzugehen.

(44_ Umwandlung der Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht)

Die SP fordert seit langem, eine Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, weil das Konzept einer solchen Armee nicht mehr zeitgemäss ist. Eine allgemeine Dienstpflicht ist aber nicht völkerrechtskonform und dürfte zudem mehr Probleme als effektiver Nutzen mit sich bringen. Denkbar wäre anstelle eines obligatorischen Dienstes in der Armee ein freiwilliger Dienst, der entweder in der Armee oder auch als eine Art Zivildienst geleistet wird.